

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

Neue Namibia-Initiative der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine neue politische Initiative zur Lösung des Namibia-Problems zu ergreifen, deren Ziel die unverzügliche, international anerkannte Unabhängigkeit Namibias ist.

Politische Grundlage der Initiative ist die Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahre 1978, die von den damaligen westlichen Mitgliedern des Sicherheitsrates, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, erarbeitet worden war. Danach ist zwischen Südafrika und SWAPO ein sofortiger Waffenstillstand zu vereinbaren, um die Abhaltung freier und fairer Wahlen nach dem Grundsatz „ein Mensch, eine Stimme“ unter Aufsicht der Vereinten Nationen möglich zu machen.

Die Bundesregierung wird im einzelnen aufgefordert,

1. eine konkrete Initiative im UN-Sicherheitsrat zur Verwirklichung der Resolution 435 zu ergreifen;
2. in Zusammenarbeit mit dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen in Bonn eine internationale Konferenz zum Thema „Menschenrechtsverletzungen in Namibia“ zu veranstalten, zu der die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die SWAPO, die namibischen Kirchen, amnesty international, Vertreter/innen der internationalen Solidaritätsbewegung mit Namibia und namibische Rechtsanwälte/innen eingeladen werden;
3. ab sofort öffentliche Mittel der Entwicklungshilfe nur dann für Entwicklungsprojekte in Namibia freizugeben, wenn diese über den namibischen Kirchenrat abgewickelt werden und somit den Unabhängigkeitsprozeß gemäß Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates fördern;

4. die Nachbarländer Namibias, die unter der fortgesetzten Besetzung des Landes durch Südafrika und durch Kriegshandlungen der südafrikanischen Armee auf ihrem Territorium besonders betroffen sind – insbesondere Angola –, wirtschaftlich und politisch verstärkt zu unterstützen.

Bonn, den 19. Februar 1988

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion